

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 1

Artikel: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Frankreichs seit den Wahlen des Jahres 1936
Autor: Piettre, André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mus von Mythos und Technik hinauszusteigen, um eine Mitte zu finden, in der alle so zahlreichen Tätigkeiten der Menschen in der Gesellschaft in überdauernder und gültiger Weise zusammengebunden werden können.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Frankreichs seit den Wahlen des Jahres 1936.

Von André Piettre.

Anfang 1936, im Augenblick, als Frankreich sich auf ein Experiment einließ, dessen Auswirkungen noch heute nicht abgeklungen sind, teilte sich die Welt in drei Gruppen:

1. die Länder der nach dem Pfund und dem Dollar abgewerteten Währungen — und sie waren bei weitem die zahlreichsten;
2. die Länder der autarkischen Diktaturen;
3. die Länder des Goldblocks: Frankreich, die Schweiz, Holland.

Während die angelsächsische Gruppe bereits einen merklichen Aufschwung genommen hatte, schienen die als letzte in die Krise hineingezogenen Länder des Goldblocks auch die letzten zu sein, um sich wiederum daraus zu befreien. Die infolge der Währungsabwertungen bedeutend gesunkenen Weltpreise hatten aus ihnen Länder der Teuerung gemacht. Ihr Außenhandel wie auch ihre interne Wirtschaft waren dadurch aufs empfindlichste getroffen. Um aus dieser Sackgasse herauszufinden, galt es zwischen zwei Mitteln zu wählen: zwischen einer brutalen Deflation und einer Abwertung.

Man wählte das erstere, und Frankreich im besonderen wagte im Jahre 1935 einen Deflationsversuch — Laval's Experiment —, der trotz seiner Härten sich noch immer in doppelter Hinsicht als ungenügend erwies: ungenügend im Ansaß (nur 10 %, während der Spannungsunterschied der Weltpreise 20 bis 30 % betrug), ungenügend auch hinsichtlich seiner Dauer, nachdem die Unzufriedenheit im Volke einige Monate später den Sturz dieser Politik herbeiführen und zum ersten Male in Frankreichs Geschichte eine ordnungsmäßige Regierung sozialistischer Prägung einsetzen sollte.

Das völlig neue Experiment dauerte ein Jahr (erstes Ministerium Blum, Juni 1936 bis Juni 1937). Nach einer längeren Übergangsperiode (Ministerium Chautemps Juni 1937 bis März 1938, und zweites Ministerium Blum März—April 1938) trat ein Umschwung ein, und immer deutlicher bildete sich die Reaktion heraus (Ministerium Daladier seit April 1938). Sozialistisches Experiment — liberale Reaktion: in diesen beiden politischen Gegensätzen bewegt sich zur Hauptsache die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Frankreichs seit den Wahlen vom Jahre 1936.

I.

Das sozialistische Experiment.

Das Übel, an dem die französische Wirtschaft krankte, lag anno 1936 in der Höhe der Inlandspreise (insonderheit der Detailpreise, die starrer als die andern waren) im Verhältnis zu den Weltpreisen. Logischerweise hätte nach dem Fehlschlagen des Deflationsversuches das Heilmittel dagegen in einer streng gemäßigten Abwertung bestehen müssen, welche die im Jahre 1926 durch Herrn Poincaré gewählte Parität des Frankens wiederhergestellt hätte (125 Franken für das Pfund Sterling).

Aber dem widersetzte sich das sozialistische Programm. Seine Formel lautete im Negativen: weder Deflation noch Abwertung. Positiv unterstützte es in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht die Politik der Kaufkraft, um die Krise einzudämmen. In sozialer Beziehung strebte es grundlegende Reformen an, um den Kapitalismus zu sozialisieren. Konjunkturmaßnahmen einerseits, Reformen der Struktur anderseits sollten, so glaubte man, der Entwertung des Frankens vorbeugen.

Welches waren nun diese Maßnahmen, diese Reformen? Welches die Resultate?

Die Politik der Kaufkraft bestand darin, den Betriebsleitungen wie auch dem Staate reichere Verteilung der Einkünfte, den Arbeitgebern höhere Lohnauschüttungen, dem Staate erhöhte Auslagen für öffentliche Zwecke aufzuerlegen.

Die Lohnerhöhung geschah auf zwei Arten. Vor allem auf direkte Weise, in erster Linie als Werk des **accord Matignon** vom 7. Juni 1936, der eine Erhöhung der niedrigsten Löhne um 15 %, der höchsten Löhne um 7 % und eine „Angleichung der anormal niedrigen Löhne“ vorsah. Die zweite direkte Erhöhung war das Resultat der infolge des Gesetzes vom 21. Juni 1936 abgeschlossenen Kollektivkonventionen, auf welche wir noch zurückkommen werden. Diese kollektiven Konventionen erhöhten die Löhne in umso stärkerem Maße, als sie erst spät abgeschlossen wurden und dementsprechend die sukzessiven Frankenentwertungen mit in Anschlag bringen konnten. Der dritte direkte Grund für die Erhöhung der Löhne ist in den seit dem Gesetze vom 31. Dezember 1936 ausgeübten Arbitragen zu suchen.

Aus den Statistiken¹⁾ geht hervor, daß vom Juni 1936 bis zum Oktober 1937 mittlere Zunahmen um 47 % für die sämtlichen Städte außer Paris und um 60 % für Paris und seine Region zu verzeichnen waren. Verglichen mit 1913 stellte sich der Stundenlohn damit auf den Koeffizienten 12 für die Arbeiter, 13,5 für die Arbeiterinnen.

Diese Gehaltserhöhungen zeigen aber die Zunahme der Belastungen für die Unternehmungen nicht im entferntesten an. Um die Gesamtsteige-

¹⁾ Statistique générale de la France. Bulletin trimestriel, Januar-März 1938, S. 237 ff.

rung der Arbeitslöhne zu ermessen, müssen vielmehr zu diesen direkten auch die aus der Verkürzung der Arbeitszeit herrührenden indirekten Erhöhungen hinzugerechnet werden. Die Vierzigstundenwoche, die am 21. Juni 1936 durch Abstimmung beschlossen und allgemein von November-Dezember 1936 bis Mai-Juni 1937 durchgeführt wurde, hat in dieser Angelegenheit eine ungeheure Rolle gespielt. Der vom sozialen Standpunkte aus viel wichtigere bezahlte Urlaub (Gesetz vom 20. Juni 1936) wirkte auf die wirtschaftliche Situation längst nicht so belastend.

Endlich ist den unsichtbaren Erhöhungen der Arbeitspreise Rechnung zu tragen, die sich aus den verminderten Gebührenbewilligungen an Familien, den zunehmenden sozialen Versicherungen und insbesondere dem Fallen der Renditen ableiten lassen. Wenn man darum die Steigerung des Gewinnes für den Arbeiter mit einem mittleren Durchschnitt von 50 % annimmt, so muß die Verschwerung der Arbeitslöhne für den Unternehmer mit 100 % berechnet werden ²⁾.

Die Vierzigstundenwoche mit ihren schwerwiegenden und unheilvollen Folgen stand übrigens in engster Beziehung zu der Politik der Kaufkraft. Wenn die direkte Arbeitslohnsteigerung den individuellen Aspekt dieser Politik darstellte, so war in der Vierzigstundenwoche ihr Kollektivaspekt zu erkennen. Durch dieses Mittel hoffte man in der Tat, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen; man verpflichtete die gesund gebliebenen Unternehmungen dazu, die Zahl ihrer Arbeiter zu vermehren, um die Verkürzung der Arbeitszeit eines jeden auszugleichen. Nach der Hypothese, daß die vergrößerte Gesamtzahl der Arbeiter die zu verteilende Entlohnung mehr Händen zukommen lasse, sollte die kollektive Kaufkraft der Arbeitermassen mit ihr gehoben werden.

Die Politik der Kaufkraft erstreckte sich übrigens auch auf andere soziale Kategorien.

Man bemühte sich, auch die Landbevölkerung ihren Vorteil daraus ziehen zu lassen. Zu diesem Zwecke wurde eine Getreidestelle geschaffen, deren erste Maßnahme den Getreidepreis von 114 Franken per Zentner im Juli 1936 auf den festen Kurs von 140 Franken von August 1936 bis Juli 1937 setzte. Im August 1937 bestimmte man ihn mit 180 Franken. Es wurde jedoch behauptet, daß unter Berücksichtigung des Erntedefizits von 1936 der Getreidepreis in freiem Regime höher gestiegen wäre; demnach hätte das Getreideamt erst die Hauffe hervorgerufen, sie dann aber doch wieder abgebremst. Wie dem auch sei, die allgemeine Erhöhung der Industriepreise und der Lebenskosten führte zu einer bedeutenden Reduktion der landwirtschaftlichen Wiederaufwertung.

Um anderseits die Kaufkraft der Sparer neu zu beleben, wurden die Reserven der Gesellschaften mit schweren Steuern belastet; sie sollten dazu angeregt werden, ihre Gewinne freigebiger auszuschiütten. Endlich ver-

²⁾ R. Schmob: Les Lois Sociales en pratique. Europe Nouvelle, 16. Oktober 1937.

langte man von den dem Staate mehr oder weniger nahe stehenden Banken (Banque de France réformée, Banques populaires, Crédit Foncier) Ausdehnung des Kredits.

Aber ganz besonders glaubte man, vermittelt der öffentlichen Finanzen, die nationale Kaufkraft anzuregen. Zu diesem Ende unternahm man eine systematische Ausbreitungspolitik der Ausgaben, nach der Theorie der „produktiven Ausgaben“.

Zum ersten Male seit Kriegsende wies das ordentliche Budget ein Anfangsdefizit von genau 4800 Millionen Franken auf (es erreichte im Laufe des Jahres trotz der neuen Kreditgewährungen vom 26. März und 8. Juli 1937 6800 Millionen Franken). Das aus der Anleihe gespiesene außerordentliche Budget aber stellte sich auf 16 025 Millionen. Ein Gesetz vom 18. August 1936 sah überdies noch ein Programm vor, in welchem 20 Milliarden Franken für öffentliche Arbeiten eingesetzt waren; die Finanzierung sollte durch eine Anleihe geschehen (dieses Programm ist in der Praxis dank dem Senat auf 5835 Millionen für Arbeitsbeschaffung reduziert worden, und seine Ausführung wurde teilweise durch die im März 1937 eingeschlagene „Pausenpolitik“ unterbrochen).

Außerdem nahm man unter dem Vorwande, daß „das Land sich selbst einen großen Kredit eröffnen sollte“³⁾, unverblümt seine Zuflucht zur Inflation. Allein für das Jahr 1936 beliefen sich die vom Emissionsinstitut gemachten Vorschüsse im Ganzen auf 28½ Milliarden.

Bedingung und zugleich Endergebnis dieser zum mindesten gewagten Politik waren wesentliche Veränderungen in der sozialen Struktur. Die „Konjunktur“-Maßnahmen sollten demnach durch Reformen der „Struktur“ unterstützt werden, die sich direkt aus der sozialistischen Doktrin inspirierten. Ohne den Kapitalismus zu vernichten, wollte man ihn sozialisieren und neben der bestehenden politischen eine soziale Demokratie aufrichten.

Zu diesem Zwecke gab man ursprünglich vor, die Arbeiterklasse an der wirtschaftlichen Macht teilnehmen zu lassen, wie sie seit 1848 durch das allgemeine Stimmrecht an der politischen Macht teilnimmt. An die Stelle des „Patronates von Gottes Gnaden“ wollte man ein „konstitutionelles Patronat“ setzen. Dieser Absicht entsprachen 1. die Einsetzung der obligatorischen und allgemeinen Kollektivkonventionen für einen ganzen Beruf (Gesetz vom 24. Juni 1936), welche die Freiheit des Arbeitgebers, die Löhne seiner Angestellten festzusetzen, aufhebt; und 2. die Ernennung von Abgeordneten der Fabrikarbeiter (gleiches Gesetz), die die Freiheit des Arbeitgebers in der sozialen Führung seiner Unternehmung einschränken.

Diese Reformen wurden durch Gesetze über friedliche Verständigung und Schiedsgerichtbarkeit vervollständigt (Gesetze vom 1. Oktober und 31. Dezember 1936), welche die Gefahr der Arbeitskonflikte ausschalten sollten.

³⁾ L. Blum: Discours au parti socialiste, 10. Mai 1936. L'Exercice du Pouvoir, Paris, Gallimard, 1937, S. 42.

Endlich wollte man in einem höheren Grade die „wirtschaftlichen und finanziellen Oligarchien“ der Kontrolle der Nation unterstellen. Aus diesem Grund wurden die Statuten der Bank von Frankreich in etatistischem Sinne modifiziert und einige große Unternehmungen (Eisenbahnen, Kriegsindustrien) verstaatlicht.

Hier blieben die Reformen der Struktur stehen. Man hatte in der Tat den Franken, um die Goldausfuhr zu unterbinden, am 26. September 1936 abwerten müssen; im März 1937 erlitt er auf dem Wechselmarkt einen neuen Schwächeanfall. Die sozialistischen Regierer mußten deshalb auch von diesem Augenblicke an ihr Programm zurückstellen und die „Pausen“-Politik einschalten. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Sinken des Frankens zu verhindern, und Ende Juni 1937 mußten sie die Macht einem Premier der radikalen Richtung (Ministerium Chautemps) überlassen. Seit jener Zeit war das sozialistische Experiment, wenigstens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, durch seine eigenen Auswirkungen zum Mißerfolg verurteilt.

Die Resultate des sozialistischen Experiments müssen verschieden beurteilt werden, je nachdem man die Politik der Kaufkraft betrachtet, die vollkommen scheiterte, oder die soziale Gesetzgebung, der unbedingt gewisse Verdienste gebühren.

1. Das Scheitern der Politik der Kaufkraft in der wirtschaftlichen Sphäre ist flagrant. Während alle andern Länder der Welt in den Jahren 1936/37 einen industriellen Aufschwung erlebten, der teilweise noch über jenen von 1928/29 hinausging, verfiel die französische Produktion nach der kurzen Stimulierung durch die Abwertung vom Oktober 1936 bald vollständiger Entkräftung.

Vergleichszahlen der industriellen Produktion

100 = 1928

	Frankreich	Ver. Staaten	Großbritannien	Deutschland	Belgien
1936	85	95	115	107	88
1937	88	99	121	119	95

Frankreich ⁴⁾

100 = 1913

	1930	1934	1935	1936	1937	
	140	99	94	98	101	
	Januar	März	Mai	Juli	September	November
1936	98	100	101	97	94	99
1937	101	104	104	100	97	102
1938	98	94				

Die brutalen Lohnerhöhungen und selbst die Vierzigstundentwoche vermochten die Produktion nicht zu heben; sie haben sie im Gegenteil unter

⁴⁾ Die Aufstellung auf der Basis 100 = 1928 ist erst seit 1936 in Benützung; im März 1938 hörte man auf, die alten Ziffern von 1913 der Berechnung zu Grunde zu legen. Quellen: Bulletin de la Statistique générale de la France.

dem doppelten Gewichte der Steigerung der Herstellungskosten und der Senkung der Rendite erdrückt.

Das sozialistische Experiment hat also, anstatt unsere Wirtschaftskrise zu lösen, nur ihre Schwierigkeiten verlagert. Einer externen Krise der Verkaufspreise, deren Abhilfe im rein Währungsmäßigen lag, hat der Sozialismus eine interne Krisis der Herstellungspreise und der Unterproduktion folgen lassen. Er hat dadurch den aus der Abwertung des Frankens gezogenen Vorteil wiederum zunichte gemacht.

2. Das Scheitern auf dem Gebiete der Währung ist in der Tat selten. „Frankreich“, so konnte zu unserer Beschämung das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes schreiben, „ist der einzige Staat, dessen Abwertung ein verfehltes Experiment gewesen ist“. Nichts ist in dieser Beziehung aufschlußreicher als ein Vergleich der alten Länder des Goldblocks.

Nachdem die Vergleichsziffern der industriellen Produktion nicht in derselben Weise aufgestellt sind, beschränken wir uns hier auf folgende Gegenüberstellungen:

Außenhandel: in 1000 Tonnen

		1935	1936	1937
Frankreich	Import	44.621	47.989	57.388
	Export	29.317	28.951	30.368

Trotz der Abwertungen bleibt unsere Ausfuhr stationär, während die Einfuhr zunimmt.

Ganz im Gegensatz dazu die beiden folgenden Beispiele:

Schweiz	Import	7.483	7.152	7.864
	Export	427	521	700
Holland	Import	20.437	20.378	23.558
	Export	12.449	13.538	16.022

Preiserhöhungen

	Frankreich	Holland	Schweiz	(Großbritannien)
Engrospreise von September 1936 bis September 1937	49,7%	22,8%	14,1%	(15,8%)
Detailpreise von Juli 1936 bis Oktober 1937	45 %	10 %	5 %	(10 %)

Goldbestand

	1934	1935	Okt. 1936 ⁵⁾	Dez. 1936 ⁵⁾	Juli 1937 ⁶⁾	Dez. 1937 ⁶⁾
Frankreich (in Millionen Franken)	82.124	66.296	62.159	60.359	55.677	58.933
Schweiz (in Millionen Schweizerfranken)	1.910	1.389	1.533	2.709 ⁷⁾	2.624	2.679
Holland (in Millionen Goldgulden)	842	643	570	720	1.246	1.366

⁵⁾ 1 Franken = 49 Milligramm Gold anstatt wie früher 65.

⁶⁾ 1 Franken = 43 Milligramm Gold.

⁷⁾ 1 Franken = 215 Milligramm Gold anstatt wie früher 290, 32.

Unsere Währung erlitt denn auch eine fortgesetzte Entwertung. Der Kurs des Pfundes stieg von 105 Franken im Oktober 1936 auf 110 Franken im Mai 1937, auf 130,50 im Juli (Abwertung Bonnet), auf 148 im Oktober, auf 160 im März 1938, um endlich am 5. Mai 1938 (Abwertung Da-Madier) mit 179 Franken festgesetzt zu werden.

3. Gleiches Scheitern im Finanziellen. Trotz der Steuererhöhung (Gesetzesdekret vom 8. Juli 1937) schloß das ordentliche Budget für 1937 mit einem Defizit von fast 7 Milliarden ab. Die öffentliche Schuld wuchs im Jahr 1936 um 17 Milliarden, im Jahre 1937 um 36 Milliarden, wovon 26 auf die kurzfristige Schuld entfallen. Man versteht, daß unter diesen Verhältnissen der öffentliche Kredit zusehends abnahm.

4. Auf sozialem Gebiet muß die Beurteilung unterschiedlich lauten. Man kann wohl sagen, daß die sozialistische Regierung in ihren diesbezüglichen Handlungen auch versagt hat; das Verdienst einer neuen, unter mehr als einem Gesichtspunkte glücklichen Gesetzgebung darf man ihr aber nicht absprechen.

Vor allem gelang es dem neuen Regime, durch die unverzüglichen Lohnerhöhungen wirklichen Ungerechtigkeiten Einhalt zu tun. Aber die daraus folgenden Preissteigerungen hätten, um erträglich zu sein, von einer Vermehrung der Rendite begleitet werden müssen. Einer solchen stand unglücklicherweise die Vierzigstundenwoche, wie sie in der Form von fünf Achtstundentagen eingeführt worden war, entgegen. Diese Maßnahme scheint wirklich der große Fehler des Experiments gewesen zu sein. Sie erwies sich als ungenügend, die vollständige Arbeitslosigkeit zurückzudämmen, die trotz der Verlängerung des Militärdienstes kaum abnahm.

Durchschnittszahlen für die gänzliche Arbeitslosigkeit

1934	1935	1936	1937
341.000	425.000	432.000	350.000

Überdies scheint es, daß die Beschränkung der Arbeitszeit die teilweise Arbeitslosigkeit schwer belastet habe, wie in den Vereinigten Staaten übrigens auch; die Ziffern für teilweise Arbeitslosigkeit stiegen vom Dezember 1936 bis zum Dezember 1937 von 4,76 % auf 9,08 % des Personals der großen Unternehmungen.

Desgleichen war die sozialistische Regierung, wenn sie das Verdienst gehabt hat, Frankreich eine soziale Gesetzgebung zu verschaffen, die ihm bisher gefehlt hatte, ihrerseits unfähig, daraus den sozialen Frieden abzuleiten. Diese Gesetzgebung fordert nämlich, um Früchte tragen zu können, die Annäherung der Klassen. Der durch den Marxismus verdorbene Sozialismus aber verlangt im Gegenteil den Klassenkampf. Durch ein seltsames Paradoxon fanden sich die Urheber dieses neuen „Sozialrechts“ als die Mindestbefähigten, ihm zur Anwendung zu verhelfen.

So kam es, daß sich die große Streikbewegung von 1936 und 1937 trotz der neuen Beschlüsse über gütliche Vereinbarung und Schiedsgerichtbarkeit ausbreiten konnte und zum ersten Mal in Frankreich auch die Landwirtschaft ergriff; nicht einmal die verstaatlichten Fabriken blieben verschont. Seither hat sich diese Aufregung gelegt, und das Ministerium Chaumpeys konnte das große Gesetz vom 4. März 1938 durch Abstimmung genehmigen lassen, nach welchem ein zu äußerst wertvollen Diensten berufener Oberster Schiedsgerichtshof geschaffen wurde.

Frankreich erscheint also heute als mit einer neuen Berufsordnung ausgestattet. Man hat darüber sehr richtig geschrieben, daß es „darnach strebt, die Privatunternehmungen in Posten für soziale Hilfe umzuwandeln, ohne sie aber zu sozialisieren“⁸⁾. Dieser Übergang vom Individual- und Vertragsrecht zum Sozial- und Institutionsrecht des Unternehmens, so unvollkommen er auch sei, scheint hinfort eine Tatsache zu sein, mit der gerechnet werden muß und die sich zum allgemeinen Wohl auswirken kann. Die allgemeine Reaktion, die sich vom Mai 1938 an gegen das sozialistische Experiment erhob, richtete sich dementsprechend auch hauptsächlich gegen die wirtschaftliche und finanzielle Gebarung.

II.

Das Werk der Wiederaufrichtung.

Das Werk der Wiederaufrichtung wurde in zwei Etappen unternommen, zuerst nur zaghaft mit den Gesetzesdekreten Daladier-Marchandeau (Mai-Juni 1938), dann aber fest und entschlossen durch den Plan Reynaud (November 1938).

Das Kabinett Daladier, das nach dem Fall des zweiten Kabinetts Blum (11. April 1938) mit Herrn Marchandeau als Finanzminister eingesetzt wurde, erhielt von den Kammern die Vollmachten bis zum 31. Juli (in Wirklichkeit erloschen sie schon am 17. Juni).

Eine der ersten Handlungen war die Klärung der Währungs-situation. Um den Franken endgültig gegen Kursschwankungen zu schützen, beschloß die Regierung eine neue Abwertung, die auf den Höchstkurs von 179 Franken das Pfund Sterling festgesetzt wurde. Nach dieser neuen Abwertung, der dritten innert zwei Jahren, erscheint der Franken als halb schwankende Währung; er kann wieder aufgewertet werden⁹⁾, aber er kann nicht unter den Kurs von 179 Franken für das Pfund hinabgedrückt werden. In dieser Verstümmelung stellt der jetzige Franken nur noch 42 %

⁸⁾ J. Brèthe de la Gressaye: Les transformations juridiques de l'entreprise patronale. Droit social, Januar 1939, S. 6.

⁹⁾ Die kürzlich erfolgte Neueinschätzung des Goldvorrats der Bank von Frankreich auf der Basis von 170 Franken das Pfund deutet darauf hin, daß die Regierung nicht die Absicht hat, den Franken über diesen Kurs hinaus aufzuwerten. Der Franken kann daher zwischen den beiden äußersten Grenzen von 179 und 170 Franken per Pfund schwanken — unter dem Vorbehalt einer Entwertung des Pfundes; aber für einen solchen Fall ist nichts vorgesehen.

des Poincaré-Frankens aus dem Jahr 1928 dar, und $8\frac{1}{2}$ % des Germinal-Frankens.

Das Ziel dieser letzten Abwertung war aber nicht bloß diese Vereini-gung der Währungslage. Ein geheimer Beweggrund scheint auch noch mit-
gespielt zu haben: die Absicht, auf unauffällige Weise die sozialen Lasten
der Unternehmungen zu erleichtern und insbesondere unseren Außenhandel
zu begünstigen.

Auf finanziellen Gebiete suchte man das Budgetgleichgewicht
durch eine neue fiskalische Erschwerung wiederherzustellen (Gesetzesdekret
vom 3. Mai 1938). Das Schatzamt verschaffte sich gleichzeitig die not-
wendigen Mittel durch Neuemissionen, die durch den Rückfluß der Kapita-
lien ermöglicht wurden (Anleihe der Caisse Autonome de la Défense Na-
tionale zu mittlerem Termin im Juni und kurzfristig im Juli, in Form
von Scheinen für 18 Monate, die sehr genau an die während des Krieges
herausgegebenen Scheine der Nationalen Verteidigung erinnerten).

Auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet endlich
wagte die Regierung zum erstenmal, die zu starre Regelung der Bierzig-
stundenwoche (ziemlich harmloses Gesetzesdekret vom 25. Mai 1938) aufzu-
lockern. Zu gleicher Zeit wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um
den Geschäften einen neuen Impuls zu geben (neue öffentliche Arbeiten,
fiskalische Erleichterungen für die ihren Werkzeugbestand vergrößernden Un-
ternehmungen, Krediterleichterungen usw.) und um den Geldmarkt zu re-
gulieren. Die Bank von Frankreich war zu diesem Zwecke ermächtigt, nach
dem Beispiel der englischen, amerikanischen und belgischen Institute die Po-
litik des open market zu praktizieren, die, wie man weiß, darin besteht,
auf dem freien Markte kurzfristige Titel zu kaufen oder zu verkaufen. Aber
diese Praxis scheint in unserem Lande nie einen großen Einfluß auszuüben.

Das war unsere Situation Ende September 1938. Die plötzliche Zu-
spitzung der Verhältnisse bewirkte eine entschlosseneren Politik.

Die Ereignisse des September führten zu einer Befestigung der Wäh-
rungslage; die finanziellen Schwierigkeiten aber nahmen zu.

Der Franken stieg nie über die festgesetzte Abwertungsgrenze hinaus
(179 Franken das Pfund). Dagegen mußte das Schatzamt erneut seinen
Ausweg in einer Inflation suchen ($10\frac{1}{2}$ Milliarden), und die Notwendig-
keit der Rüstungsverstärkung belastete das Budget mit zusätzlichen Ver-
pflichtungen. Wollte man die Währung stabil halten, so mußte mit äußerster
Dringlichkeit die finanzielle Lage erneut saniert und Frankreich angespornt
werden, sich wieder mutig an die Arbeit zu machen.

Herrn Paul Reynaud, dem Finanzminister des neubestellten und von
einigen sozialisierenden Elementen gereinigten Kabinetts Daladier, war
dieses Werk vorbehalten.

Das „Experiment Reynaud“ setzt sich dem „Experiment Blum“ entgegen, genau wie der liberale Kapitalismus sich dem Sozialismus entgegenstellt.

Rückkehr zum finanziellen Liberalismus einerseits, Rückkehr zum wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus anderseits: das sind die beiden großen Linien dieses Plans. Herr Reynaud, dem man den Vorzug der Klarheit und Deutlichkeit nicht absprechen kann, sagte auch ohne Umschweife in seiner radioübertragenen Rede vom 13. November 1938: „Wir leben im kapitalistischen Regime. Manche mögen das bedauern; aber darüber werden wir uns einig sein: so wenig man in der Mitte einer Furt Pferde wechselt, so wenig kann Frankreich sich den Luxus erlauben, im heutigen Europa sein Regime zu ändern“.

Der neue Minister anerkannte den Kapitalismus als eine Tatsache; er erklärte sich auch bereit, mit offenen Karten zu spielen; das Spiel solle darin bestehen, das Vertrauen derer, die es führen, zu gewinnen — der Kapitalisten. Um dieses Vertrauen zu verdienen, müsse auf finanziellem Gebiet der öffentliche Kredit wiederhergestellt werden, auf wirtschaftlichem der Gewinn. Das ist das doppelte Ziel des jetzigen Experiments.

Über den ersten Punkt ließ die in vollkommener Übersichtlichkeit und Klarheit aufgestellte Bilanz der öffentlichen Finanzen folgende Feststellungen erscheinen: bei einem Volkseinkommen von ungefähr 250 Milliarden entfielen für öffentliche Ausgaben aller Kategorien 137 Milliarden, während die zu Gebote stehenden Mittel nur 85 erreichten und ein jährliches Defizit von 52 Milliarden sich ergab.

Zum Ausgleich eines solchen Mißverhältnisses standen im liberalen Rahmen zwei Lösungen zur Verfügung: die Lösung der massiven Deflation der öffentlichen Ausgaben, die man in Versuchung gerät, französische Lösung zu nennen, weil sie immer durch die französischen Liberalen befürwortet worden ist; — und die britische Lösung intensiver Besteuerung und Konversion der Renten. Herr Reynaud, der Bewunderer alles Englischen, wählte die zweite Lösung.

Die erzielten Ersparnisse waren dürftig (5 Milliarden); sie rührten hauptsächlich aus den öffentlichen Arbeiten — die Großbritannien ebenfalls sich stets zu unternehmen weigert. Dagegen wurden die Steuern beträchtlich vermehrt, weniger durch Erhöhung ihres Anjages als durch Verbreiterung ihrer Grundlage. Im Gegensatz zur sozialistischen Steuergesetzgebung, welche qualitativ vorging und die hohen Einkünfte erfaßte, bekannte man sich zur quantitativen Steuergesetzgebung, die eine größere Anzahl von Steuerpflichtigen ergriff, sei es durch Erhöhung der indirekten Konsumationssteuern, sei es durch direkte Besteuerung. So wurde für die Zeitdauer von drei Jahren eine außerordentliche Abgabe von 2 % auf allen Löhnen und Berufseinkommen eingeführt. Aus diesen neuen Quellen er-

wartet man 10 Milliarden, zu welchen der wirtschaftliche Aufschwung weitere 5 Milliarden liefern soll.

Um die Rentenkurse zu steigern und zukünftige Konversionen vorzubereiten, war nicht bloß — vom psychologischen Gesichtspunkte aus — der öffentliche Kredit wiederherzustellen; es hieß auch — in materiellen Hinsicht — jede Anleihe unterlassen. Aus diesem Grunde schritt man zur Wiederaufwertung des Kassenbestandes der Bank von Frankreich zum Kurse von 170 Franken per Pfund; der Ertrag dieser Operation, 16 Milliarden, wurde dem Staatsschatz zugeführt, der auf diese Weise sechs Monate lang keine Anleihe aufzunehmen braucht.

Neben der Tendenz für Ersparnisse und Anlagen bemühte sich die Regierung auch, wiederum Unternehmungsgeist und Interesse am Gewinn zu wecken, indem sie

„ein liberaleres Preisregime,
ein liberaleres Kreditregime,
ein liberaleres Arbeitsregime“¹⁰⁾

wiederherstellte.

Die von der sozialistischen Regierung eingeführte Kontrolle der Engroßpreise wurde abgeschafft, um den hauptsächlichsten Unternehmungen zu erlauben, ihre Gewinne zu machen, und sie dadurch zur Intensivierung ihrer Produktion anzuaspornen.

Gleichmaßen erklärte sich die Regierung aufs lebhafteste gegen die Devisenkontrolle und jede ähnliche Maßnahme. Indem sie den Staatsschatz wenigstens vorübergehend jeder Anleihesorge enthoben hatte, versuchte sie, die verfügbaren Gelder den Privatunternehmungen bereitzuhalten, um eine Senkung des Zinsfußes und reichlicheren Kredit zu begünstigen.

Endlich und ganz besonders lockerte man die Vierzigstundentwoche — diesen Kapitalfehler der sozialistischen Regierung — weitgehend auf. Die Woche mit zwei Sonntagen wurde endgültig abgeschafft, und die Verteilung der Arbeit auf die sechs Werktage zum Prinzip erhoben (Gesetzesdekret vom 12. November 1938, Art. 2). An die Stelle der vierzigstündigen Anwesenheit traten vierzig Stunden tatsächlicher Arbeit, und man reduzierte die Arbeitspreise auf vernünftige Maße (10 bis 25 % des Lohnes). Auch in der Behandlung des bezahlten Urlaubs besaß man sich größerer Beweglichkeit.

Diese vollständige Umstellung der sozialen Politik mußte notgedrungen heftige Unzufriedenheit hervorrufen. Um gegen die Gesetzesdekrete zu protestieren, versuchte die Confédération Générale du Travail (sozialistisch und kommunistisch inspiriert), am 30. November einen Generalstreik zu organisieren. Aber dieses gegen die Regierung gerichtete Unternehmen kam

¹⁰⁾ P. Reynaud. Oben angeführte Rede.

der letzteren im Gegenteil in beträchtlichem Maße zustatten. Sie erstifte mit ruhiger Energie den revolutionären Versuch im Reime, dessen Mißglücken sich so gegen seine Anstifter richtete. Zum ersten Mal seit 1936 erhielt das Land den Eindruck, daß die soziale Ordnung hinfert gesichert sei.

Die Auswirkungen ließen denn auch nicht auf sich warten. Von diesem Moment an flossen die seinerzeit ausgeführten Kapitalien wieder zurück. Der Goldpreis sank; der Franken zeigte sich auf dem Währungsmarkte von großer Festigkeit; er erschien sogar gegenüber dem schwachen englischen Pfund als eine der zuverlässigsten Währungen der gegenwärtigen Stunde.

Auf dem Finanzmarkt stiegen die Rentenkurse, und die Regierung konnte Ende Dezember 1938 eine mit Holland abgeschlossene Anleihe von 6 auf 4 % konvertieren. Das gab scheinbar das Vorspiel zu wichtigeren Konversionen auf dem Innenmarkt ab. Aber vom Januar 1939 an bedrohten die italienischen „Forderungen“ von neuem die internationale Politik, und ihre Rückwirkungen lösten ein Sinken der Kurse auf allen Finanzmärkten aus, weniger allerdings in Paris als in den andern Ländern. Im Vergleich zu Ende Oktober 1938, dem Vorabend des Experiments Reynaud, weisen die Staatsgelder noch heute, trotz des Fallens im Januar, eine mittlere Erhöhung von 15 % auf.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist ebenfalls eine gewisse Besserung zu verzeichnen. Sie genau abzumessen ist jedoch schwierig, denn es ist nicht möglich, absolut einwandfrei die saisonmäßigen Einflüsse und die Auswirkung der getroffenen Maßnahmen voneinander zu trennen. Unter diesem Vorbehalte kann man folgende Anzeichen als günstig deuten: die Anwachsung der fiskalischen Einkünfte, den Stillstand in der Zunahme der Arbeitslosigkeit (die jedoch noch immer nicht unter die Zahl von 400 000 Ganzarbeitslose gesunken ist), und eine Vermehrung der industriellen Produktion, im besondern der metallurgischen Produktion (Gußeisen, Stahl, Kohle).

Vergleichszahlen (100 = 1928)

1936 (Mittel) 85	1937 (Mittel) 88	I 87	III 85	V 82	1938 VI 83	VII 80	VIII 81	IX 86
			Mittel 1937		Dez. 1937	Okt. 1938	Nov. 1938	Dez. 1938
in Millionen Tonnen	{	Gußeisen		660	680	493	521	560
		Stahl		658	676	511	534	576
		Kohle		3.693	4.160	4.234	4.188	4.430
		Automobilverkäufe		15.417	15.692	15.460	18.504	18.106

Man darf sich natürlich nicht verhehlen, daß diese noch sehr schwache Besserung zum Teil der künstlichen Stützung der Kriegsindustrien zu danken ist.

Deutlicher noch: unser Außenhandel stieg Ende 1938; im Januar 1939 aber ist er wieder gefallen.

(in Millionen Franken)

	1937					
	Monatssmittel	Dez. 1937	Okt. 1938	Nov. 1938	Dez. 1938	Jan. 1939
Einfuhr	3.526	4.539	3.878	3 871	4.214	3.977
Ausfuhr	1.995	2 346	2.830	3 059	3 292	2.820

Eine bedenkliche Tatsache bleibt die unaufhörliche Steigerung unserer Preise, die für dieselben Daten folgende Höhen erreichen:

(100 = Juli 1914)

	Mittel 1937	Dez. 1937	Okt. 1938	Nov. 1938	Dez. 1938	Jan. 1939
Engrospreise (45 Art.)	563	601	654	657	666	676
Detailpreise (Paris 34 Art.)	611	676	727	739	754	761

Dank unseren verschiedenen aufeinandergefolgten Abwertungen sind jedoch unsere Goldpreise vorläufig immer noch die niedrigsten der Welt.

Goldpreise Dezember 1938 (Basis 1914 oder 1915)

	Frankr.	England	U. S. A.	Deutschl.	Italien	Belgien	Schweiz	Japan
Engrospreise	54	61	65	106	76	63	73	66
Detailpreise	61	78	74	121	81	80	90	—

Daraus könnte unserem Außenhandel ein kräftiger Ansporn entstehen, wenn nicht die Bedrohungen der Außenpolitik die Fortschritte der Austauschbeziehungen hinderten.

So stößt die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft im Äußeren wie im Innern immer wieder auf das gleiche Hindernis: die internationale Politik.

Man kann daher zusammenfassend sagen, daß Frankreich in einem Zeitraume von zehn Jahren drei aufeinanderfolgende Krisen durchgemacht hat:

1. eine Wirtschaftskrise von 1930 bis 1935, von außen her (von Amerika und England, von wo aus eine beträchtliche Senkung der Weltpreise bestimmt wurde);

2. im Augenblick, wo die Konsolidierung des Frankens uns erlaubt hätte, uns aus dieser gedrückten Lage zu erheben, eine soziale Krise von 1936 bis 1938, die Frankreichs Teilnahme am allgemeinen Aufschwung der damaligen Periode verhinderte;

3. schließlich eine politische Krise. Ein mächtiger Wille zur Wiederaufrichtung bereitete der sozialen Krise ein Ende; aber von außen hereinbrechend setzte sich die politische Krise unserer Anstrengung entgegen.

Die Rettung für unsere Wirtschaft hängt davon ab, wie wir diese neue Krise überwinden werden. Wir können dies nicht auf anderem Wege, als indem wir an der endlich wiederhergestellten wirtschaftlichen Disziplin festhalten.

* * *

Darf aus diesem Experiment eine sozialphilosophische Lehre gezogen werden?

Das Fiasko des Sozialismus scheint heute ein allgemeines zu sein: nach Italien, nach Deutschland, nach England, nach Australien scheint sich nun auch Frankreich endgültig von ihm gelöst zu haben.

Soll das heißen, daß man zum liberalen Kapitalismus zurückkehren könne und solle? Es sieht nicht so aus. Dieses System ließ zu viele Ungerechtigkeiten zu, um sich den Bedürfnissen der menschlichen Natur wirklich anpassen zu können, und unser neues Sozialgesetz von 1936/37 hat es glücklicherweise in mehr als einem Punkte verbessert. Es wären noch viele Reformen notwendig. Aber augenblicklich ist nicht daran zu denken. Man müßte erstens einen Augenblick politischer Beruhigung abwarten („man wechselt in der Mitte eines Stroms nicht die Pferde“); und zweitens ganz andere Wege finden als die zu leichten des sozialistischen Planes. Gegenüber dem ausgleichenden Sozialismus müssen die nötigen hierarchischen Abstufungen wieder aufgerichtet werden, die nicht auf unfruchtbaren Rechten beruhen, sondern auf der Gesellschaft tatsächlich geleisteten Diensten.

In memoriam Karl Stamm.

Am 21. März jährte sich zum 20. Mal der Tod Karl Stamms. Mit freundlicher Erlaubnis des Verlages Rascher & Co. in Zürich drucken wir im Nachstehenden ein tiefempfundenes Naturlied des hochbegabten und allzu früh verstorbenen Dichters ab. Es ist nicht nur ein Akt der Pietät, wenn man, ganz besonders in der engeren Heimat des Dichters, in diesen Tagen auf die Werke Stamms hinweist, die eine reife Frucht dichterischen Erlebens darstellen.

Die Schriftleitung.

Am Rhonegletscher.

Aufsteigend aus gedrückten Niederungen
erklimmt mein Fuß des Grates schmale Spur.
Wie fühlt mein Geist, von ihrer Macht bezwungen,
jedo die tiefe Sehnsucht der Natur,
aus ihren starren, ungeformten Hüllen
sich aufzuraffen und die ganze Welt
mit ungeheurem Leben anzufüllen.

Du Gletscher, zwischen jähe Wände hingestellt,
du wiegst in deinem Schoß verborgene Quellen.
Wie hallt's von Stimmen, nur mit Müß gedämpft!
Ich fühl es unterm Eisespanzer schwellen.